Kooperationsvereinbarung zwischen den Parteien und Fraktionen SPD, CDU/ANW, Bündnis 90/Die Grünen und Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler für die Wahlperiode 2014-2019 der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung

Präambel

Die Landeshauptstadt Potsdam hat in den vergangenen Jahren eine positive Entwicklung genommen. Das ist auch ein maßgeblicher Erfolg der Zusammenarbeit von SPD, CDU/ANW und Bündnis 90/Die Grünen, die seit 1998 in verschiedenen Konstellationen dafür Verantwortung getragen haben. Diese Arbeit hat das Stadtbild von Potsdam erkennbar geprägt und dazu beigetragen, dass Potsdams Wirtschaft, seine Bevölkerung und die Lebensqualität wachsen. Erkennbar ist dies auch an der Zufriedenheit der Potsdamerinnen und Potsdamer.

Potsdam ist eine weltoffene und tolerante Stadt. Potsdam ist Hauptstadt des Landes Brandenburg, Kulturstadt, Bildungs- und Wissenschaftsstadt und Heimatstadt. Potsdam besitzt eine weltweit einzigartige Kulturlandschaft, die zu großen Teilen als Weltkulturerbe geschützt ist. Die natürlichen und baukulturellen Ressourcen Potsdams bilden eine wesentliche, schützenswerte Entwicklungsgrundlage für die Stadt.

Unser gemeinsames Ziel ist es, die positive Entwicklung Potsdams durch unsere gemeinsame Arbeit in den kommenden Jahren zu verstetigen und das Wachstum der Stadt zu gestalten. Dazu gehört vor allem eine soziale Balance, die es allen Potsdamerinnen und Potsdamer ermöglicht, von der Entwicklung der Stadt zu partizipieren. SPD, CDU/ANW, B90/Die Grünen und Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler eint der gemeinsame Wille, durch eine ausgewogene Stadtentwicklungspolitik mit finanzpolitischem Augenmaß weiter zum Erfolg Potsdams und zum Wohl aller Potsdamerinnen und Potsdamer beizutragen.

Die Kooperationspartner setzen sich für eine gelebte Realisierung der Geschlechter- und Generationengerechtigkeit, der Chancengleichheit und Vielfalt und gegen Diskriminierung ein.

Die Fraktionen und Parteien SPD, CDU/ANW, B90/Die Grünen und Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler verständigen sich für die Wahlperiode der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung 2014 bis 2019 grundlegende sowie politisch wichtige

Entscheidungen miteinander abzustimmen. Sie haben eine Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung, die zur Gestaltung Potsdams genutzt werden soll. Dort, wo es inhaltliche Schnittmengen mit anderen politischen Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung gibt, die von den unterzeichnenden Fraktionen inhaltlich geteilt werden, soll im Sinne einer Arbeit zum Wohle der Stadt nach einer gemeinsamen Lösung gesucht werden.

Als grundlegende politische Entscheidungen für die kommenden fünf Jahre vereinbaren die Fraktionen und Parteien SPD, CDU/ANW, B90/Die Grünen und Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler miteinander:

Ein neues Leitbild für Potsdam

Bereits in der letzten Wahlperiode wurde beschlossen, ein Leitbild für Potsdam zu entwickeln. Durch einen partizipativen Leitbildprozess, der die gesamte Stadtgesellschaft mit einbezieht, soll zwischen Bürgerschaft, Politik und Verwaltung eine grundsätzliche Verständigung über die wichtigsten Entwicklungsziele der Landeshauptstadt erreicht werden. Es geht um eine breite Verständigung auf Entwicklungslinien, die den städtebaulichen, sozialen, kulturellen und finanziellen Rahmenbedingungen unserer Stadt gerecht werden.

Die Kooperationsfraktionen unterstützen den Leitbildprozess und werden sich darin aktiv einbringen. Sie sehen in dem Prozess die Chance, zu einer neuen Qualität der Diskussion über die Entwicklung Potsdams zu gelangen und die Bürgerinnen und Bürger aktiv einzubinden. Sie sehen den Leitbildprozess auch als Instrument, um die Transparenz des Verwaltungshandelns zu stärken und zu einer bürgerfreundlichen Stadtverwaltung beizutragen.

Als Schlussfolgerungen aus den im Leitbild mit allen Akteuren der Stadtgesellschaft entwickelten gesamtstädtischen Zielen sollen im Anschluss geschäftsbereichsbezogene oder themenbezogene Konzepte in Auftrag gegeben werden. Diese dienen als verbindliche Basis für das Handeln und die Schwerpunktsetzung für die jeweils darauffolgenden zwei Jahre (Doppelhaushalt). Damit soll die planerische Verbindlichkeit über die Haushaltsaufstellung hinaus gestärkt werden.

Soziales Miteinander und Lebensqualität in Potsdam

Die Kooperationsfraktionen sind sich darin einig, dass der sozialen Balance in unserer wachsenden Stadt eine zentrale Bedeutung zukommt. Alle Teile der Stadt sollen gleichermaßen von der Entwicklung profitieren. Dabei werden wir berücksichtigen, dass die unterschiedlichen Bedingungen in den Wohnbezirken berücksichtigt werden und es bei der Entwicklung nicht zur Vernachlässigung einzelner Stadtgebiete kommt. Stadtentwicklung muss weiterhin in der gesamten Stadt gemacht werden. Sozialen Problemen wollen die Fraktionen SPD, CDU/ANW, B90/Die Grünen und Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler mit einem umfassenden Ansatz begegnen.

Zur Lebensqualität in Potsdam gehören die Anerkennung des Ehrenamtes, der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Kriminalität, das Halten der hohen Kinderbetreuungsquoten durch den weiteren Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen und die Beachtung der demografischen Entwicklung bei Planungen und Projekten. Dabei sollen auch die Belange der Seniorinnen und Senioren stärkere Beachtung finden.

Die Kooperationsfraktionen halten an den in der vergangenen Wahlperiode beschlossen wohnungspolitischen Maßnahmen, wie der Mietenbremse für die Pro Potsdam GmbH, dem Ausbau der flexiblen und mittelbaren Bindungen für die soziale Wohnraumversorgung und der Kostenbeteiligung der Investoren für soziale Infrastruktur bei der Baulandentwicklung fest.

Potsdams Ruf als familienfreundliche Stadt wollen wir erhalten. Gerade für Familien mit Kindern muss Potsdam bezahlbar bleiben. Deshalb wollen wir die Kita-Gebührenordnung einer Überprüfung unterziehen und Möglichkeiten einer sozial gerechten Beitragsstaffelung prüfen. Darüber hinaus wollen wir für alle Bereiche der Daseinsvorsorge mit den Stadtwerken die Einführung von Familientarifen prüfen. Gerade im Bereich der Mietnebenkosten soll so eine stärkere Belastung von Familien vermieden werden. Ähnliches gilt für städtische Bildungsangebote.

Die Kooperationsfraktionen wollen das vielfältige Kulturangebot der Stadt, das ein wesentlicher Faktor für die Lebensqualität und Attraktivität Potsdams ist, erhalten. Sie unterstützen die Förderung der Kultur und der Soziokultur im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten.

Die Kooperationspartner unterstützen die Erstellung eines Seniorenplans für die Landeshauptstadt. Dabei ist zu prüfen, ob die Beratungsangebote u. a. zur Grundsicherung im Alter, seniorengerechter Wohnraum, die Mobilität im Alter oder die ärztliche Versorgung verbessert werden müssen.

Die Kooperationspartner haben den Anspruch, in Potsdam die medizinische Versorgung auf hohem Niveau sicherzustellen. Dazu gehören das Klinikum Ernst von Bergmann sowie die Krankenhäuser in freier und konfessioneller Trägerschaft.

Die Kooperationsfraktionen werden auf die Barrierefreiheit bei Infrastrukturvorhaben und im öffentlichen Raum achten. Sie werden der Verbesserung der wohnortnahen Kultur-, Sport- und Jugendfreizeitangebote in den Stadtteilen mit dem größten Bevölkerungswachstum besondere Aufmerksamkeit schenken. In diesem Zusammenhang werden in Zusammenarbeit mit freien Trägern oder Initiativen vor Ort pragmatische Lösungen angestrebt.

Potsdam hat als Stadt der Toleranz in seiner Geschichte von Zuzügen profitiert, weil sie wichtige Impulse für die Stadtentwicklung gegeben haben. Dies ist auch zukünftig Maxime unserer Politik. Gerade die Vielschichtigkeit der Wohnformen und Lebensentwürfe in unserer Stadt soll sich im politischen Handeln widerspiegeln. Dies gilt insbesondere auch für unseren Umgang mit Flüchtlingen. Wohnungsverbünde und die Unterbringung von Flüchtlingen in der ganzen Stadt sind richtig. Alle Akteure müssen zusammen gebracht und gestärkt werden, um gemeinsam vor Ort Akzeptanz und Gemeinsinn zu schaffen. Sprachförderung ist elementar für erfolgreiche Integration; diese muss in Kita, Schule und Hort ebenso wie im Erwachsenenbereich erweitert werden.

Dem Tierschutz dient die Vergabe eines Grundstücks zur Tierbetreuung in der Landeshauptstadt Potsdam. In diesem Zusammenhang ist die Vergabe der Fundtierbetreuung neu zu regeln.

Verlässliche und vorhersehbare Schulentwicklungsplanung mit einer gesicherten Finanzierung

Mit dem Beschluss zum Schulentwicklungsplan 2014-2020 vom 2. April 2014 ist der Weg zum Ausbau der Potsdamer Schulinfrastruktur vorgezeichnet und der staatliche Auftrag definiert. In Ergänzung dieses Auftrags besteht Raum für die aktive Einbeziehung des

Engagements freier Träger, die ein differenziertes Bildungsangebot in der Stadt ermöglichen. Weiterhin soll in der Phase der Planung von Neubauprojekten für Schulen darauf geachtet werden, dass die Gesichtspunkte der Qualität von Schulen als Lern- und Lebensort sowie der Offenheit von Schulen zu den Wohnumfeldern Berücksichtigung finden.

In dem Wissen um die Notwendigkeit der Erhöhung von Einnahmen und der effizienteren Bewirtschaftung der vorhandenen Mittel als Grundlage der zu schulternden Kosten werden die Fraktionen die Verwaltung auffordern, die vorliegenden Planungen hinsichtlich Bedarf und Alternativen zu überprüfen sowie im Vorfeld von Investitionsentscheidungen eine Evaluation der derzeit angenommenen Entwicklung der Schülerzahlen durchzuführen. Dazu gehört, die Schulentwicklungsplanung und Lastenverteilung in der Region besser abzustimmen und auf Landesebene auf eine gerechtere Verteilung im Schullastenausgleich zu drängen.

Die Kooperationspartner sind sich bewusst, dass zur Refinanzierung der notwendigen Maßnahmen des Schulentwicklungsplans weitere Anstrengungen notwendig sind. Basis für die Umsetzung der Investitionsmaßnahmen bildet der Beschluss zur Refinanzierung vom 2. April 2014. Dazu gehören die Einführung einer Bewirtschaftungssperre von 10% und Beiträge der kommunalen Unternehmen zur Entlastung des Kernhaushaltes von jährlich 4 Mio. € in einzelnen Schritten bis 2023. Außerdem müssen durch Aufgabenkritik und Optimierung von Bearbeitungsprozessen schrittweise ansteigend von 0,1 Mio. € bis 2017, 3 Mio. € bis 2019 und 8 Mio. € bis 2023 im Ergebnishaushalt Verbesserungen erzielt werden. Dazu zählt auch die Begrenzung des Anstiegs der Aufwendungen für freiwillige Aufgaben auf 1,8 % pro Jahr.

Zur Umsetzung dieses Konsolidierungsprogramms wird die Verwaltung im November 2014 einen Bericht vorlegen. Das Konsolidierungsprogramm ist für die Kooperationspartner die Grundlage für die Aufstellung und den Beschluss zum Doppelhaushalt 2015/2016. Die Fraktionen werden Vorschläge mit finanziellen Auswirkungen daraufhin prüfen, ob diese durch Erhöhung der Ausgaben oder Senkung der Einnahmen die Umsetzung des zentralen Investitionsvorhabens Schulbau und -sanierung gefährden.

Nach heutigem Kenntnisstand ist eine Erhöhung von Steuern oder Gebühren in der Landeshauptstadt nicht auszuschließen, um die Aufgaben zu bewältigen. Die Fraktionen werden diese Beschlüsse gemeinsam tragen. Vor Beschlüssen zur Einnahmeerhöhung ist deren Notwendigkeit transparent darzulegen, zu prüfen und zu plausibilisieren. Die

Kooperationspartner werden sich rechtzeitig, spätestens Mitte 2015, über die Notwendigkeit einer weiteren Einnahmeerhöhung verständigen.

Wohnungspolitisches Konzept

Bezahlbares Wohnen ist und bleibt entscheidendes Thema und wichtige Aufgabe der nächsten Jahre. Die Kooperationspartner sind sich einig, dass der weitere Bau von bedarfsgerechten Wohnungen die Hauptentlastung für den Wohnungsmarkt bringt. Die Investitionen der freien Wohnungswirtschaft und der Genossenschaften werden daher befördert. Den Fraktionen ist bewusst, dass dies mit einer stärkeren städtebaulichen Verdichtung einhergeht. Eine Zersiedlung der Stadt und damit einhergehende hohe Kosten für die Infrastruktur und die Kulturlandschaft sollen vermieden werden und die im bestehenden Flächennutzungsplan beschlossenen Grün- und Waldflächen nicht umgewandelt werden. Die Kooperationspartner werden bei neuen Planverfahren im Bereich des Städtebaus und der Bauleitplanung auf Freiräume zwischen Bebauungsarealen sowie die Planung sozialer Einrichtungen und Gemeinbedarfsflächen (Schulen, Sportplätze, Kindertagesstätten, ärztliche Versorgung) durch entsprechende Vorgaben achten, um die Lebensqualität in Potsdam zu wahren.

Auf der Grundlage einer Bedarfsanalyse für studentisches Wohnen sind gemeinsam mit dem Land Brandenburg und dem Studentenwerk Szenarien zu entwickeln, wie der zunehmende Bedarf für Wohnraum für Studierende befriedigt werden kann.

Die Kooperationspartner begrüßen die Bereitschaft des Landes Brandenburg, Fördermittel für den Wohnungsbau und die sozialverträgliche Sanierung von 150 Wohnungen pro Jahr bereitzustellen. Die Kooperationsfraktionen werden bei der Vergabe dieser Mittel im Rahmen des bekannt gegebenen Verfahrens darauf achten, dass alle Stadtteile Potsdams sowie unterschiedliche Problemgruppen des Wohnungsmarktes davon profitieren. In dem Bewusstsein, dass eine stärkere Förderung notwendig wäre, werden die Kooperationspartner weiter um zusätzliche Unterstützung des Landes werben.

Die Kooperationspartner verabreden, die ehemaligen Restitutionsobjekte der Pro Potsdam GmbH (Heidesiedlung, Brauhausberg, Behlertstraße und Großbeerenstraße/Grünstraße) nicht durch das Unternehmen veräußern zu lassen, sondern eine sozialverträgliche Sanierung anzustreben, die den betriebswirtschaftlichen Möglichkeiten des Unternehmens

entspricht. Dazu hat die Verwaltung ein Bürgerbeteiligungsverfahren vorgeschlagen, dass von den Kooperationspartnern unterstützt wird.

Bis Ende 2015 erarbeitet die Stadt ein neues Wohnungspolitisches Konzept. Es baut auf dem STEK Wohnen des Jahres 2008 und dem Expertenbericht Potsdam22 auf. Die Kooperationspartner verabreden, sich mit den Vorschlägen des neuen Konzeptes auseinanderzusetzen und eine mögliche Maßnahmenliste vor dem Hintergrund der finanziellen Möglichkeiten der Landeshauptstadt und der betriebswirtschaftlichen Möglichkeiten der städtischen Unternehmen zu priorisieren.

Mit Instrumenten wie der sozialen Bodennutzung oder der Mietenbremse bei Neuvermietung hat die Landeshaustadt Potsdam in den letzten Jahren eigene Instrumente eingeführt, um den sich rasant entwickelnden Mieten ein regulierendes Korrektiv zu geben. Dennoch ist davon auszugehen, dass der ungebremste Drang auf den Grundstücks- und Wohnungsmarkt in Potsdam auch weiterhin anhalten wird. Wir wollen prüfen, ob es weitere Instrumente gibt, um Wohnen in Potsdam bezahlbar zu halten.

Nachhaltige Mobilität und Umsetzung des STEK Verkehr

Die Stadtverordnetenversammlung hat das Stadtentwicklungskonzept Verkehr beschlossen. Darin wird das Szenario „Nachhaltige Mobilität" als Ziel der Potsdamer Verkehrspolitik definiert, einschließlich des Verzichts auf den Neubau von Umgehungs- oder Entlastungstraßen. Die Kooperationspartner verabreden sich, dieses Konzept in den nächsten Jahren umzusetzen. Sie sind sich bewusst, dass der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur einer der Schwerpunkte der nächsten Jahre sein muss, um dem Bedarf der wachsenden Stadt gerecht zu werden. Dazu gehören auch die Sanierung und der Ausbau der Straßen für den motorisierten Verkehr, wobei entsprechend der bestehenden Beschlüsse die Ziele der Lärmminderung, der Emissionsvermeidung, Erhalt von Straßenbäumen und der kulturhistorisch bedeutenden Straßenräume abgewogen werden sollen. Ein wirksames LKW-Führungskonzept, welches den LKW-Durchgangsverkehr in der Stadt minimiert, ist durchzusetzen und das Tourismusbuskonzept weiterzuentwickeln.

Die weitere Verbesserung des ÖPNV durch die Erweiterung von schienengebunden Angeboten wie der Prüfung eines RegioBahnkonzeptes und im Potsdamer Norden, dezentrale Buskonzepte, eine Strategie zur Elektromobilität sowie eine Taktverdichtung und die Verbesserung des Nachtverkehrs gehören zu den Zielen für die kommenden fünf Jahre.

Alle Maßnahmen sollen dabei in dem Bewusstsein getroffen werden, dass Potsdam seine Verkehrssituation nur gemeinsam mit den Umlandgemeinden nachhaltig umgestalten kann. Daher setzen sich die Kooperationsfraktionen das Ziel, die Verkehrsplanung in den kommenden Jahren zwischen Potsdam und Potsdam-Mittelmark eng zu verzahnen.

Der Ausbau des Radverkehrs soll nach der vorliegenden Radverkehrsstrategie unter Hinzuziehung von Fördermitteln des Bundes und des Land, z.B. für E-Bikes, weiterhin mit mindestens 1 Mio. € pro Jahr fortgesetzt werden.

Die Kooperationspartner werden eine Weiterentwicklung des Tarifsystems des ÖPNV und Formen eines „Bürgertickets" im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten prüfen.

Die Kooperationspartner sind sich einig, dass der Verkehrstisch aufgewertet werden sollte zu einem stadtweiten Diskussionsforum um Fragen des Verkehrs und der Mobilität in der Landeshauptstadt, zum Beispiel durch Hinzuziehung der mit Verkehrs- und Mobilitätsfragen befassten Vereine und Verbände.

Weiterentwicklung der Potsdamer Mitte

Die Fraktionen SPD, CDU/ANW, B90/Die Grünen und Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler bekennen sich zur Wiedergewinnung der Potsdamer Mitte als lebendiges, urbanes Zentrum einer modernen und ihrer Geschichte bewussten Landeshauptstadt. In den vergangenen Jahren sind wichtige Richtungsentscheidungen dazu getroffen worden, wie die Entscheidung zum Landtagsneubau und das Leitbautenkonzept.

Bei der Entwicklung soll nicht auf halber Strecke Halt gemacht werden. Der Abriss des FH-Gebäudes an der Friedrich-Ebert-Straße und der Abriss des Rechenzentrums an der Dortustraße Ecke Breite Straße sollen zügig erfolgen. Die Kooperationspartner werden Bestrebungen unterstützen, die Zeitspannen bis zum Abriss zu verkürzen. Die Neubebauung soll entsprechend dem Leitbautenkonzept erfolgen.

Dazu gehört auch die Errichtung der Garnisonkirche in der Verantwortung der evangelischen Kirche als europäisches Versöhnungszentrum. Das früher stadtbildprägende Bauwerk wurde durch die Nationalsozialisten und durch den Abriss in der DDR ideologisch missbraucht und ist damit ein exemplarischer Ort für die wechselvolle europäische Geschichte des letzten Jahrhunderts. Die Inanspruchnahme von Haushaltsmitteln oder dem Geld städtischer

Gesellschaften für den Wiederaufbau wird auch weiterhin ausgeschlossen. Die Landeshauptstadt soll ihren Sitz im Kuratorium der Stiftung behalten. Die Kooperationsfraktionen lehnen den Inhalt des aktuell laufenden Bürgerbegehrens gegen die Stiftung Garnisonkirche Potsdam ab, da die Gründung der Stiftung gerade dem Zweck diente, der Landeshauptstadt eine Mitsprache bei dem Projekt zu sichern, und weil sie davon überzeugt sind, dass die Stadt keine rechtlichen Möglichkeiten hat, auf die Auflösung der Stiftung hinzuwirken.

Im Zuge der Vergabe der Einzelgrundstücke in den Baufeldern nördlich des Landtages streben die Kooperationspartner eine gemeinsame Verständigung über die Ausschreibungs- und Vergabebedingungen an. Ziel ist es, neben den Aspekten der Architektur und der Nutzung auch einen Anteil von belegungsgebundenen Wohnungen zu schaffen sowie Baugemeinschaften im Verfahren eine Chance zu geben.

Zum Staudenhof hat die Stadtverordnetenversammlung bereits Beschlüsse gefasst, die über den Ablauf dieser Wahlperiode hinausreichen. Im Sinne einer Verlässlichkeit gegenüber den Mieterinnen und Mietern und der städtischen ProPotsdam GmbH werden wir keine Beschlüsse fassen, die von den derzeit vereinbarten Verfahrensabläufen abweichen.

Für den Bereich des Lustgartens haben sich seit der BUGA 2001 die Rahmenbedingungen deutlich verändert. Mit dem Bau des Landtagsgebäudes, der Bebauung an der Alten Fahrt und der Entscheidung zum Neubau der Weißen Flotte müssen Überlegungen angestellt werden, wie der Lustgarten in Zukunft genutzt und gestaltet werden soll. Deshalb wird für den Bereich seit Mitte 2014 ein Werkstattverfahren mit einer umfassenden Bürgerbeteiligung durchgeführt. Im Sommer 2015 sollen die Ergebnisse präsentiert werden.
Die Kooperationspartner werden den Prozess aktiv begleiten und dessen Ergebnisse miteinander bewerten. Wenn sich am Ende des Beteiligungsprozesses die Notwenigkeit einer Bürgerbefragung ergibt, stehen die Fraktionen dem offen gegenüber und werden die Fragestellung dafür gemeinsam und auf der Grundlage der Ergebnisse des Werkstattverfahrens formulieren. Veränderungen der Sanierungsziele in diesem Bereich müssen miteinander abgestimmt werden. Die Diskussion über die Zukunft des Mercure muss dabei mit einer hohen Sensibilität und unter Einbeziehung der Stadtgesellschaft geführt werden. Sollte sich die Möglichkeit ergeben, zum Gebäude des Hotel Mercure eine Entscheidung zu treffen, werden die Kooperationspartner unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger die Optionen eines Handelns der Landeshauptstadt prüfen. Die Optionen sollen eine für die städtischen Finanzen kostenneutrale Lösung beinhalten.

Energie, Klima und Umweltschutz

Die Stadtverordnetenversammlung hat 2011 ein Integriertes Klimaschutzkonzept beschlossen, dessen Umsetzung mit den Klimaschutzberichten und aktuell im Internet veröffentlicht wird. Verschiedene Maßnahmen, wie ein neues Unternehmenskonzept der EWP GmbH, der Einsatz von Photovoltaik auf städtischen Liegenschaften oder die energetische Sanierung des kommunalen Gebäudebestandes werden umgesetzt.

Die Kooperationsfraktionen messen den Klimaschutzzielen eine hohe Bedeutung für eine zeitgemäße und innovative Stadtentwicklung zu. Sie werden sich auf einen neuen priorisierten Maßnahmenkatalog verständigen, der im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Landeshauptstadt und der betriebswirtschaftlichen Möglichkeiten der städtischen Unternehmen umgesetzt werden soll.

Für die Förderung des Umweltverbundes plant die Stadtverwaltung die Einrichtung einer Mobilitätsagentur. Die Kooperationsfraktionen unterstützen dieses Anliegen, um Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Organisationen eine unabhängige Mobilitätsberatung gewähren zu können. Sie sehen dies auch als einen Beitrag an, den Stadt-Umland-Autoverkehr zu reduzieren.

Zur Einhaltung der Klimaschutzziele soll den Belangen des Natur- und Umweltschutzes entsprechend der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung Rechnung getragen werden. Zur Umsetzung der Beschlüsse sind insbesondere jährlich die CO2-Minderungsvorgaben zu überwachen. Hierzu wird ein verbindliches CO2-Bilanzierungsverfahren eingeführt. Die Kooperationspartner bevorzugen, den sich neu konstituierenden Klimarat zu beauftragen, ein wissenschaftlich fundiertes CO2-Monitoring für die Landeshauptstadt einzuführen und der Stadtverordnetenversammlung mindestens jährlich zu berichten.

Masterplan Potsdamer Norden und LAGA-Bewerbung

Mit dem Masterplan für den Norden hat die Stadtverordnetenversammlung den Beschluss gefasst, eine konzeptionelle Grundlage für die weitere Entwicklung des Potsdamer Nordens zu legen. Dieses Vorhaben muss zügig voran gebracht werden und soll in Verbindung mit der beschlossenen Prüfung der Chancen einer LAGA für die Landeshauptstadt Potsdam verbunden werden. Ziel muss es sein, den Potsdamer Nordraum im Spannungsfeld von

Kulturlandschaft, ländlichen Siedlungsstrukturen, Grundlage für die Arbeit von klein- und mittelständischen Land- und Gartenbaubetrieben sowie Entwicklungs- und Zuzugsgebiet der Stadt verträglich zu entwickeln. Dabei wird es uns darum gehen, die örtlichen Strukturen in ihrer Unterschiedlichkeit zu erhalten. Chancen für eine konkrete Verbesserung im Bereich der medizinischen Versorgung wollen wir vorzugsweise mit dem städtischen Klinikum Ernst von Bergmann ausloten. Darüber hinaus wollen wir die Chancen der regionalen Landwirtschaft durch Anregungen zur gezielten Kooperation von ortsansässigen Betrieben mit städtischen Unternehmen zum Beispiel im Bereich des Einkaufs regionaler Produkte sowie durch eine Zusammenarbeit von Schulen und landwirtschaftlichen Betrieben fördern.

Sportentwicklung

Potsdam ist eine Stadt des Sports. Hunderte Ehrenamtliche engagieren sich als Übungsleiter, Trainer und Betreuer in den Vereinen der Stadt und erzielen mit den Sportlerinnen und Sportlern Höchstleistungen im Breiten- und Spitzensport. Die Kooperationspartner sehen dieses Engagement als wichtigen Beitrag für die Stadtgesellschaft an.

Die Stadtverordnetenversammlung hat den mit Experten der Universität Potsdam entwickelten Sportentwicklungsplan mit großem Interesse zur Kenntnis genommen. Er enthält in der ersten Priorität diejenigen Maßnahmen, die im Rahmen der Schulentwicklungsplanung auch finanziell abgesichert sind. Die Kooperationspartner akzeptieren diese Verfahrensweise. Genauso wie der Schulentwicklungsplan soll der Sportentwicklungsplan einer regelmäßigen Überprüfung im Hinblick auf neue Rahmenbedingungen unterworfen werden.

Auf Wunsch der Stadtverordnetenversammlung wird die Arbeit der Luftschiffhafen GmbH einschließlich ihrer Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung und das Konzept für die Entwicklung des Sportareals Luftschiffhafen evaluiert. Die Kooperationspartner streben weiterhin die Entwicklung der Anlage zu einem modernen Sportareal an, in der Leistungs- und Breitensport gemeinsam aktiv sein können. Dies ist ein Erfolgsrezept des Potsdamer Sports.

Die dem OSP und den Sportvereinen zur Verfügung gestellten, durch Land und Bund geförderten Sportanlagen im Eigentum der Landeshauptstadt bedürfen einer gerechten Vergabe an die Nutzer und eines effizienten Facilitymanagements. Im Spannungsfeld

zwischen einer ständigen Pflege und Werterhaltung der Anlagen auf der einen Seite und der integrativen Bedeutung des Sports auf der anderen müssen sozialverträgliche und praktikable Lösungen zwischen Nutzerinnen und Nutzern und der Luftschiffhafen GmbH gefunden werden.

Ein zentraler Beitrag der Landeshauptstadt Potsdam zur Förderung des Breitensports ist die entgeltfreie Nutzung der Sportanlagen. Sie ermöglicht die Teilhabe aller Bevölkerungsschichten an den Vereinsangeboten in Potsdam. An diesem Ziel werden wir auch zukünftig festhalten.

Mit dem Bau und der Eröffnung des neuen Sport- und Freizeitbades am Brauhausberg Ende des Jahres 2016 wird eine zentrale Sport- und Erholungseinrichtung der Stadt geschaffen, die dringend benötigt wird. Die Standortentscheidung wurde in einem aufwendigen Beteiligungsverfahren getroffen. Die Kooperationspartner stehen zu den getroffenen Beschlüssen zur Errichtung des Bades am Brauhausberg in dem von den Stadtwerken vorgestellten Kostenrahmen, dessen Einhaltung für die Partner im Sinne der Wirtschaftlichkeit des späteren Betriebes eingefordert wird.

Bürgerbeteiligung und Verwaltungsmodernisierung

Das Büro für Bürgerbeteiligung ist ein grundsätzlich richtiges Instrument, um Bürgerbeteiligungsprozesse zu unterstützen. Wir streben die weitere Qualifizierung der Bürgerbeteiligung an. Diese sollte zuvorderst aus der Bürgerschaft entstehen oder als Teil offenen Verwaltungshandelns durch die Politik initiiert werden. Sie sollte aber nicht nur dann Anwendung finden, wenn aufgrund umstrittener Vorhaben die Politik zu keiner Entscheidung findet. Die Kooperationspartner vereinbaren, erneut eine Bürgerbeteiligungssatzung zu prüfen

Die Kooperationspartner werden Initiativen für die Gründung von Bürgerstiftungen bspw. Zur Förderung sozialer, kultureller und sportlicher Belange unterstützen.

Die Fraktionen SPD, CDU/ANW, B90/Die Grünen und Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler erkennen den Ausbau und die Verbesserung von Veröffentlichung und Bereitstellung von Verwaltungsinformationen und -daten als wichtige und zukunftsweisende Aufgabe an. Durch die Ausweitung der Transparenz von Verwaltungshandeln soll das Vertrauen in die Politik und die Beteiligung der Potsdamerinnen und Potsdamer weiter gestärkt werden. Die

Bereitstellung von Verwaltungsdaten als verarbeitungsfähiges Wirtschafts- und Wissenschaftsgut soll neue Perspektiven für Wirtschaft, Bildung und Kultur öffnen.
Die Kooperationsfraktionen werden für die Erarbeitung einer Strategie zur Einführung von Open-Government-Data in Potsdam ein Verfahren abstimmen und einleiten, das eine breite gesellschaftliche Einbeziehung ermöglicht sowie Pilotprojekte fördert.

Naherholung

Mit der Uferwegekonzeption hat die Stadtverordnetenversammlung das Handeln der Verwaltung zur Wahrung der freien Zugänglichkeit der Gewässer im Potsdamer Stadtgebiet vorgezeichnet. Die Kooperationsfraktionen bekennen sich zur Freihaltung von Uferbereichen, wenn dies aus rechtlichen und finanziellen Gründen machbar ist. Die Kooperationspartner bekennen sich zum B-Plan Nr. 125 „Uferzone Griebnitzsee“ und zum B-Plan Nr. 8 „Seepromenade/Dorfstraße“ der Gemeinde Groß Glienicke.

Die Parks und Schlösser sind zugleich kulturelles Erbe, touristisches Highlight und Naherholungsbereich der Stadt. Die Zusammenarbeit mit der SPSG muss weiter intensiviert werden und es müssen gemeinsam Verfahren entwickelt werden, um Entscheidungen sowie den gegenseitigen Nutzen in der Stadtbevölkerung transparent darzustellen. Die Kooperationsfraktionen vereinbaren, frühzeitig vor Beendigung des fünfjährigen Pflegevertrages ein Beteiligungsverfahren für die Bürgerinnen und Bürger durchzuführen, um eine Entscheidung über die Fortsetzung des Vertrages über den freien Parkeintritt herbeizuführen.

Der Volkspark hat sich über die Grenzen Potsdams hinaus zu einem beliebten Ort für Freizeit, Sport und Naherholung entwickelt. Mit zunehmender Fertigstellung der Wohnbebauung wird diese Bedeutung zunehmen. Deshalb soll das derzeitige Angebot in Umfang und Qualität in den 2006 festgelegten Parkgrenzen erhalten bleiben.

Besseres Miteinander von lokaler Wirtschaft, Verwaltung und Politik

Potsdams Potentiale als Wirtschaftsstandort müssen weiter geschärft und die überregionale und internationale Bekanntheit gesteigert werden. Nur ein vitaler Mittelstand sichert Arbeitsplätze und Wohlstand. Klein- und Mittelständische Unternehmen, Einzelhandel und Handwerk müssen unterstützt werden.

Potsdam hat in den letzten Jahren auch wirtschaftlich eine hervorragende Entwicklung genommen. Dennoch machen es die Anforderungen der Standortbedingungen für die örtliche Wirtschaft nötig, die Kommunikationswege zwischen lokaler Wirtschaft, Politik und Verwaltung zu optimieren. Zu diesem Zweck soll unter Leitung des Oberbürgermeisters ein zweimal jährlich tagender Wirtschaftsbeirat ins Leben gerufen werden, dem neben dem Oberbürgermeister, der Wirtschaftsförderung, Vertreterinnen oder Vertretern der Stadtfraktionen sowie des Einzelhandelsverbandes, der AG Innenstadt und der AG Babelsberg, der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer, des Hotel- und Gaststättenverbandes, der Agentur für Arbeit, der Tourismuswirtschaft, der Medienwirtschaft, der wissenschaftlichen Einrichtungen, der freien Berufe und Vertreter der Gewerkschaften angehören. Die Mitglieder des Wirtschaftsbeirates sollen auf die Dauer der Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung berufen werden. Der Wirtschaftsbeirat soll die Stadtverordnetenversammlung, ihre Ausschüsse und die Stadtverwaltung in allen die Wirtschaft in der Stadt berührenden Angelegenheiten, wie zum Beispiel die wirtschaftliche Entwicklung, die Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen und Strategien der Wirtschaftsförderung beraten.

Städtische Unternehmen

Die Landeshauptstadt Potsdam hat sich vor 10 Jahren dazu entschlossen, ihr Unternehmensportfolio neu aufzustellen und die Beteiligungen in städtischer Hand zu halten. Diese Strategie war erfolgreich. Die städtischen Unternehmen haben eine sehr verantwortungsvolle Aufgabe für die Daseinsvorsorge und leisten einen wichtigen Beitrag für das Wachstum der Stadt. Die städtischen Unternehmen werden deshalb auch in die Diskussion um das Leitbild der Stadt einbezogen.

Die Kooperationsfraktionen sind sich darin einig, dass die städtischen Unternehmen in kommunaler Hand bleiben. Sie sind sich bei politischen Entscheidungen bewusst, dass die städtischen Unternehmen nur im Rahmen ihrer rechtlichen und betriebswirtschaftlichen Rahmenbedingungen handeln können. Neue Anforderungen an die städtischen Unternehmen z.B. im Bereich der Wohnungspolitik oder der Gebührenpolitik dürfen nur mit wirtschaftlichem Augenmaß getroffen werden, damit die Leistungsfähigkeit der Unternehmen nicht gefährdet wird.

Investitionsorientierter Haushalt

Aufgrund rückläufiger investiver Schlüsselzuweisungen des Landes Brandenburg und zu erwartender rückläufiger Fördermittel ist die Landeshauptstadt darauf angewiesen, aus eigener Kraft ihre Investitionsbedürfnisse zu erfüllen. Dazu sind zahlungswirksame Überschüsse im Ergebnishaushalt notwendig, die haushaltsrechtlich für Investitionen verwendet werden dürfen.

Die Landeshauptstadt plant, bis 2017 einen ausgeglichenen Haushalt bereits im Plan vorzulegen. Ab 2018 sollen im Ergebnishaushalt zahlungswirksame Überschüsse ausgewiesen werden, die für Investitionen im Finanzhaushalt verwendet werden. Die Kooperationsfraktionen bekennen sich zum Ziel des Haushaltsausgleichs und werden Überschüsse im Ergebnishaushalt für Investitionen möglichst in folgender Priorität einsetzen:

1. Bildungsinfrastruktur gemäß Schulentwicklungsplan
2. Kinderbetreuung gemäß Kita-Bedarfsplanung
3. Verkehrsinfrastruktur gemäß STEK Verkehr
4. Sporteinrichtungen gemäß Sportentwicklungsplan
5. sonstige Bedarfe

Die Kooperationsfraktionen sind sich darüber einig, dass die Deckung der Investitionsbedarfe bei der Verwendung von Spielräumen im Haushalt grundsätzlich wichtiger ist als die Schaffung neuer Förderungen oder Zuschüsse im Ergebnishaushalt.

Arbeitsweise der Stadtverordnetenversammlung

Die Fraktionen SPD, CDU/ANW, B90/Die Grünen und Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler verstehen ihre Arbeit als Ehrenamt. Arbeitsweise und Strukturen der Stadtverordnetenversammlung sowie die Entschädigung der Stadtverordneten sollen sich nach Auffassung der Kooperationsfraktionen deshalb im Rahmen der für ehrenamtliche Arbeit allgemein akzeptierten Regeln und Größenordnungen bewegen.

Die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung ist 2008 in der Weise geändert worden, dass Sitzungsverläufe gestrafft werden konnten. Dies soll auch in der neuen Wahlperiode gelten. Die Kooperationsfraktionen wollen folgende Fachausschüsse in der neuen Wahlperiode bilden:

- Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr
- Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

- Soziales, Gesundheit und Inklusion
- Kultur und Wissenschaft
- Bildung und Sport
- Finanzen
- Rechnungsprüfung
- Eingaben und Beschwerden

Der Hauptausschuss soll 18 (17+1) Sitze erhalten. Die restlichen Ausschüsse sollen mit je 7 Sitzen gebildet werden.

Die Fraktionen vereinbaren im Zuge der Beschlussfassung über die Geschäftsordnung die Verfahren weiter zu straffen, indem zukünftig Anträge direkt in den Ausschüssen eingebracht und beraten werden. Die Entscheidung über die Zuordnung zu den Ausschüssen trifft der Ältestenrat, wobei die antragstellende Fraktion Vorschlagsrecht hat.

Zusammenarbeit

Die Fraktionen SPD, CDU/ANW, B90/Die Grünen und Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler erklären ihren Willen, in der Stadtverordnetenversammlung gemeinsam mit der Verwaltung zusammenzuarbeiten.

Beschlussvorlagen und Anträge der Fraktionen sowie Große Anfragen werden im Vorfeld der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung, spätestens am Montag vor Antragsschluss in der Kooperationssitzung miteinander besprochen. Sie können, müssen aber nicht zwingend gemeinsam gestellt und abgestimmt werden.

Zu Beschlussvorlagen der Verwaltung streben die Kooperationspartner abgestimmte Stellungnahmen an.

Zu grundsätzlichen und politisch besonders wichtigen Fragen, insbesondere zu Fragen, die in dieser Vereinbarung geregelt sind, stellen die Partner Einvernehmen her und stimmen diese gemeinsam ab. Dazu tagt wenn nötig der Kooperationsausschuss aus Fraktions- und Parteivorsitzenden mit dem Oberbürgermeister. Der Kooperationsausschuss ist auf Begehren einer der Kooperationsfraktionen einzuberufen.

Die Kooperationspartner werden ggf. Änderungen an Haushaltssatzungen rechtzeitig miteinander in den Haushaltsberatungen abstimmen und einen gemeinsamen Änderungsantrag stellen.

Personalentscheidungen

Die Mitglieder der Fraktionen SPD, CDU/ANW, B90/Die Grünen und Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler bestimmen den Oberbürgermeister zum Hauptausschussvorsitzenden.
Der größten Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung obliegt, einen Vorschlag für die oder den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung zu unterbreiten.
Rechtzeitig vor der Besetzung der Beigeordneten und der Wahl des Oberbürgermeisters werden die Kooperationspartner ein gemeinsames Verfahren vereinbaren.
Für den ländlichen Raum soll im Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters die Betreuung der Ortsteile zu einem Beauftragten für die Ortsteile weiterentwickelt werden.

SPD-Unterbezirk Potsdam

Fraktion SPD

CDU-Kreisverband Potsdam

Fraktion CDU/ANW

Aktionsbündnis Nord-West

Kreisverband Bündnis 90/Die Grünen

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Potsdamer Demokraten

Fraktion Potsdamer Demokraten/BVB

BVB/Freie Wähler

Oberbürgermeister